

Ergebnisprotokoll

Vierte Sitzung der Arbeitsgruppe

„Durchsetzung staatlicher Strafanspruch – Rechtspolitische Folgerungen – Anerkennung des Leidens der Opfer sexuellen Missbrauchs in jeglicher Hinsicht“ im BMJ am 17. November 2010

TOP 1 – Begrüßung und Einführung durch die Bundesministerin der Justiz, Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB

TOP 2 – Leitlinien zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden

Frau Bundesminister Leutheusser-Schnarrenberger legte einleitend dar, dass die UAG „Leitlinien zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden“ sich in insgesamt vier mehrstündigen Sitzungen sehr gründlich mit den angestrebten Leitlinien befasst und ein Papier erarbeitet habe, das im Grundsatz einen tragfähigen Kompromiss darstelle. Eine Gruppe der AG-Teilnehmer habe aber den Arbeitsentwurf mit kritischen Anmerkungen versehen. Deshalb seien die Beratungen über die Grundsätze der Leitlinien noch nicht abgeschlossen. Frau Bundesminister Leutheusser-Schnarrenberger schlug daher vor, dies als Sachstand in den Zwischenbericht aufzunehmen, der am 1. Dezember 2010 vom Plenum des Runden Tisches gebilligt werden solle, mit dem Ausblick die Beratungen fortzusetzen. Dieser Vorgehensweise stimmten die Teilnehmer der Arbeitsgruppe zu. Die Kritiker des Arbeitsentwurfs betonten, dass ihre Anmerkungen keinen Gegenentwurf darstellten, sondern konstruktiv gemeint seien. Sie sagten zu, der Arbeitsgruppe konkrete Formulierungen für eine zielgerichtete Überarbeitung des Leitlinien-Entwurfs im Anschluss an den 1. Dezember 2010 zu übermitteln.

Es bestand Einvernehmen darüber, noch eine Sitzung der Unterarbeitsgruppe im Januar 2011 vorzusehen, um die Beratungen im ersten Quartal 2011 abzuschließen.

TOP 3 – Bericht der UBSKM über das Gespräch mit Betroffenen vom 10.11.2010

Herr Zöllner (Geschäftsstelle der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs) berichtete über das Gespräch mit Betroffenen vom 10.11.2010, s. Anlage.

Es schloss sich eine kurze Diskussion an, in der unter anderem auf die große Bedeutung der telefonischen Anlaufstelle von Frau Dr. Bergmann für die Betroffenen hingewiesen wurde. Eine Schließung dieser Anlaufstelle ohne Nachfolgeregelung wäre für die Betroffenen überaus problematisch.

TOP 4 – Zwischenbericht des Runden Tisches

Die Teilnehmer billigten den die Arbeitsgruppe betreffenden Berichtsteil des Zwischenberichts (Ziffer 4.2.), zu dem Unterpunkt „Leitlinien zur Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden“ (Ziffer 4.2.3.) wie unter TOP 2 besprochen. Es bestand Einvernehmen darüber, den Arbeitsentwurf zu den Leitlinien dem Materialband des Zwischenberichts ohne Anmerkungen beizufügen.

TOP 5 – Anerkennung des Leidens der Opfer sexuellen Missbrauchs in jeglicher Hinsicht

Herr Abteilungsleiter Stein bat die Teilnehmer um ihre Einschätzung dazu, ob das von der Deutschen Bischofskonferenz in der Sitzung des Runden Tisches am 30. September 2010 vorgestellte Papier „Leistungen in Anerkennung des Leids, das Opfern sexuellen Missbrauchs zugefügt wurde“ von der Arbeitsgruppe als taugliches Modell für einen vergleichbaren Fonds genutzt werden könne. Dabei wies er darauf hin, dass es nur um ein erstes Meinungsbild gehe, da den Empfehlungen von Frau Dr. Bergmann nicht vorgegriffen werden dürfe. Zudem müssten die Ergebnisse des Runden Tisches Heimerziehung, der am 9./10. Dezember 2010 abschließend tagt, in die Überlegungen einbezogen werden. Ferner wies Herr Stein auf die Problematik des sexuellen Missbrauchs innerhalb der Familie hin. In der hieran anschließenden Diskussion wurden u. a. folgende Punkte angesprochen:

- Behinderte Menschen, die bereits Opfer sexueller Übergriffe in Einrichtungen geworden waren, müssten selbstbestimmt darüber entscheiden können, in welcher Einrichtung sie im Alter bzw. bei Pflegebedürftigkeit versorgt würden. Generelle Einschränkungen bei Versorgungsleistungen dürften im Hinblick auf ihre besondere Gefährdung und ihre besonderen Ängste diese Wahlfreiheit nicht einschränken.
- Zur Frage der Organisation eines eventuellen Fonds o. ä. wurde einerseits darauf hingewiesen, dass dieser möglichst unabhängig sein sollte; andererseits wurde betont, dass die Verantwortlichkeit der jeweiligen Institutionen erkennbar bleiben müsse.

- Das Verhältnis institutioneller Modelle zu übergreifenden Lösungen sei noch zu diskutieren.
- Wichtig sei eine Verknüpfung mit dem Runden Tisch Heimerziehung, um eine Ungleichbehandlung der Betroffenen zu vermeiden.
- Es müsse sozialrechtlich abgesichert werden, dass die Zahlungen die Betroffenen auch tatsächlich erreichen und nicht von Sozialleistungen abgezogen würden.

Auf Anfrage von Herrn Abteilungsleiter Stein am Schluss der Sitzung bekundeten Interesse an einer Arbeit an dieser Thematik in einer UAG oder einem anderen Format:

David Gill
 Klaus Dickneite
 Birgit Schmitz
 Guido Zöllner
 Dr. Bettina Janssen
 Walter Schwab
 Dr. Wolfgang Hammer
 Katrin Thaler

Weitere Teilnehmer teilten mit, diesbezüglich in ihrer jeweiligen Organisation Rücksprache zu halten und sich gegebenenfalls zu melden.

TOP 6 – Weitere Vorschläge aus der AG

Herr Feuerhelm regte an, die tätigkeitsbezogenen Zeugnisverweigerungsrechte des § 53 Abs. 1 Nr. 3a und 3b StPO im Hinblick auf die Beratungstätigkeit für Missbrauchsoffer zu erweitern.

Frau Nicolai schlug vor, im Hinblick auf die strafrechtlichen Verjährungsfristen die Ruhensregelung in § 78 b Abs. 1 Ziff. 1 StGB von 18 auf 21 Jahre anzuheben, und den aus ihrer Sicht zu niedrigen Strafrahmen bei Sexualdelikten zu Lasten von Jugendlichen in § 174 StGB von 5 auf 10 Jahre Freiheitsstrafe zu erhöhen.

Herr Abteilungsleiter Stein kündigte an, über diese Vorschläge noch einmal in einem kleineren Kreis zu diskutieren.

TOP 7 – Weitere Planung

Der „große“ Runde Tisch wird am 1. Dezember 2010 im Humbold Carré, Behrenstraße 42, erneut tagen. Beginn 13.00 Uhr..

Am 29. November 2010 werden die Bundesministerinnen Leutheusser-Schnarrenberger und Dr. Schröder die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau besuchen, um sich über Fälle sexuellen Missbrauchs in den Jugendwerkhöfen in der DDR zu informieren und mit Betroffenen zu sprechen.

Der nächste Termin der Arbeitsgruppe wird Anfang 2011 stattfinden. Das genaue Datum wird noch bekannt gegeben.